

Ein Herz für Kirchen

Mit einem Kunstgriff will die Bundesregierung den Kirchen Steuerausfälle von 280 Millionen Mark ersparen — auf Kosten kinderreicher Familien. Die Einführung eines Freibetrages im nächsten Jahr, der die Familien monatlich um 30 Mark pro Kind bei der Lohn- und Einkommensteuer entlasten soll, würde automatisch auch die Kirchensteuer senken. Die bewegte Klage der Kirchen über die Schmälerung ihrer Steuerpfründe (1979: 8,2 Milliarden Mark) rührte das Herz des Finanzministers: Er ließ das Gesetz so ändern, daß die Steuersenkung durch den Freibetrag nicht mehr auf die Kirchensteuer durchschlägt. Die FDP-Abgeordnete

und Finanzexpertin Ingrid Matthäus-Maier: „Das ist weder sozial noch liberal, noch christlich.“

Nicht aus Daffke

Nach den Krawallen beim öffentlichen Gelöbnis von 1200 Bundeswehrrekruten in Bremen hat sich das Bundeskabinett letzte Woche darauf verständigt, Zeremonien dieser Art nicht mehr allzu demonstrativ zu inszenieren. In Zukunft sollen dafür vor allem Veranstaltungen ausgesucht werden, bei denen sich die Bundeswehr ohnehin der Öffentlichkeit präsentiert. Ein Kanzlervertreter: „Es bleibt beim öffentlichen Gelöbnis, aber wir wollen das nicht aus Daffke machen.“

Bahr bleibt

SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr wird voraussichtlich — entgegen früheren Äußerungen — sein Parteiamt nicht vorzeitig niederlegen. Ursprünglich hatte er nach der Bundestagswahl zurücktreten wollen, nachdem insbesondere der Bundeskanzler Kritik an seiner organisatorischen Arbeit geübt hatte. Nach Meinung führender Sozialdemokraten sieht der engagierte Ostpolitiker keine Chance, in einer künftigen Regierung Schmidt/Genscher mit einem Ressort seines Interesses betraut zu werden. Überdies gelang es Schmidt nicht, Forschungsminister Volker Hauff für Bahrs Parteijob zu gewinnen.

„Einige Formalitäten“

Frühere DDR-Bürger, die als Rentner in die Bundesrepublik übersiedelten, sind verunsichert — durch einen Brief aus Bonn. Absender: die Ständige Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik. In dem Schreiben kündigen Ost-Berliner Diplomaten an, daß „nach Ihrer baldigen Bestätigung, wonach Sie unter der uns jetzt bekannten Anschrift tatsächlich Ihren Aufenthalt genommen haben“, mit weiterer Post zu rechnen sei. Zweck: die „Erledigung einiger Formalitäten (Vornahme der Registrierung, Paßeintrag)“.

Zudem informiert die Ost-Mission die Empfänger „von Ihrem Recht als Staatsbürger der DDR, im Bedarfsfall die Hilfe und Unterstützung der Ständigen Vertretung... in Anspruch zu nehmen...“


Adressaten der Briefe sind Übersiedler, die vor der Ausreise ihre DDR-Staatsbürgerschaft nicht aufgegeben haben. Nach Ost-Berliner Auffassung sind sie damit noch Bürger der DDR — auch wenn sie schon Jahre im Westen leben.

Verwirrten Anrufern, die mit der Post der DDR-Abgesandten nichts anzufangen wußten, beschied der Zweite Sekretär in der Konsularabteilung, Martin Schumann, die Ost-Rentner sollten mit der Briefaktion auf ihre Rechte hingewiesen werden. Im Westen lebende DDR-Bürger könnten beispielsweise in die Ost-Republik reisen, ohne sich an die für Westdeutsche geltende 30-

Tage-Frist zu halten. Überdies falle der Mindestumtausch weg. Entschieden sie sich gegen die DDR-Staatsbürgerschaft, will die Vertretung einen Antrag zusenden.

Die Rentner-Briefe der DDR-Vertretung haben die westdeutschen Behörden überrascht. Bonner Vermu-

tung: Ost-Berlin wolle testen, wie weit die pensionierten West-Übersiedler sich noch als DDR-Bürger verstehen — und so möglicherweise den Anspruch auf eine eigene Staatsbürgerschaft untermauern. Entgangen scheint den DDR-Diplomaten dabei freilich zu sein, daß Übersiedler, die einen westdeutschen Paß beantragen, automatisch ihren Ost-Reisepaß abgeben müssen und als Bundesbürger gelten.

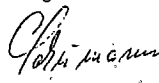

STÄNDIGE VERRETUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
- KONSULARABTEILUNG -

5300 Bonn 2, den 31.03.1980
Godesberger Allee 18
Tel.: 02221/379051

Sehr geehrte Frau

Wie uns bekannt wurde, sind Sie in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelt. Wir nehmen an, daß Sie sich mit uns in Verbindung setzen und als Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik von Ihrem Recht, im Bedarfsfall die Hilfe und Unterstützung der Ständigen Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch zu nehmen, Gebrauch machen werden.

Nach Eingang Ihrer baldigen Bestätigung, wonach Sie unter der uns jetzt bekannten Anschrift tatsächlich Ihren Aufenthalt genommen haben, werden wir zur Erledigung einiger Formalitäten (Vornahme der Registrierung, Paßeintrag) erneut an Sie schreiben.

Mit vorzüglicher Hochachtung


Rentner-Brief der DDR-Vertretung